

17. Folgen für die „Nach-Normal“-Phase, die zum Dauerzustand wird

In Kombination dieser Wahrnehmungen, die eben nicht nur von Experten, sondern auch von Bürgern geteilt wurden, darunter von vielen Vertretern des Mittelstandes, fand sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet ein Um- und Weiterdenken statt, das sich auf die Parteiwahrnehmung auswirkte. Es wandte sich im Instinkt der Wähler gegen die Volksparteien. Das hatte auch mit der Unzufriedenheit mit der „Normalisierung“ großer Koalitionen zu tun, die – ähnlich wie in Skandinavien – aus Sicht mancher Wähler faktisch a-priori-Gemeinschaften praktizierten und damit hart an der Grenze zu „Kartellparteien“ standen. Aus der Sicht vieler zementierte das eine Art Unbeweglichkeit im Zentrum eines hoch globalisierten Deutschland, das äußere Dynamiken nach innen erlebte, ohne sie bewältigen zu können. Denn die großen Koalitionen agierten nicht, sondern lähmten, um den status quo zu verteidigen.

Die Rechnung wurde mit den Ergebnissen der europäischen Wahljahre 2020 bis 2022 präsentiert. Mit den Landtagswahlen in Niedersachsen im Oktober 2022 kam die letzte große Koalition an ihr Ende.¹⁸⁸ Volksparteien wurden auf der EU-Hauptachse Frankreich-Deutschland, und darüber hinaus auch in Italien, Österreich und anderen zentraleuropäischen Staaten geschröpft.

Die Reaktion war unglücklich: die Personalisierung der Parteipolitik¹⁸⁹ im allgemeinen und der Volksparteien im besonderen nahm sowohl im Vor- wie im Nachfeld von Wahlen zu. Die Parteien reagierten mit Personalisierung zu Zwecken der Attraktivitätssteigerung von Politik -suchten doch die Bürger offenbar statt nach Parteien wenigstens nach vertrauenswürdigen Personen. Auch im Gefolge dieser Entwicklung hatten internationale Beobachter, beispielhaft für den größeren europäischen Trend,

¹⁸⁸ Fränkischer Tag: Wahlanalyse: SPD klar stärkste Kraft in Niedersachsen, 09.10.2022, <https://www.fraenkischertag.de/ueberregional/politik/die-letzte-groko-ist-geschichte-art-190311>.

¹⁸⁹ Vgl. Marino, Bruno / Martocchia Diodati, Nicola / Verzichelli, Luca (2021): The personalization of party politics in Western Europe (1985–2016): Evidence from an expert survey. In: Acta Politica 57/2022, pp. 571–596, Springer Open Access publishing, <https://link.springer.com/article/10.1057/s41269-021-00210-x>, abgerufen am: 21.02.2022.

17. Folgen für die „Nach-Normal“-Phase, die zum Dauerzustand wird

nach den Wahlen im Gefolge der Bundestagswahl 2021 eine klare Meinung: Deutschlands Parteiensystem sei „zum Untergang verdammt.“¹⁹⁰

So konstatierte zum Beispiel Joel Day aus einer ungerührt britischen Post-Brexit-Perspektive:

„Deutschland steht vor einer Katastrophe, da das politische Parteiensystem dem Untergang geweiht ist. Deutschlands parteipolitisches System sei ‚dem Untergang geweiht‘, da die ‚seltsame‘ große Koalition in Deutschland zur Normalität geworden sei... Es wurde zwar viel von einem ‚neuen Aufbruch‘ und einem ‚Wechsel‘ nach dem Verlassen des Amtes durch die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel gesprochen. Sie stand 16 Jahre lang an der Spitze der deutschen Politik und hat sowohl den Diskurs des Landes als auch den der EU geprägt. Seit seinem Wahlsieg [Ende September 2021] haben jedoch viele behauptet, dass Herr Scholz wahrscheinlich nicht weit von Frau Merkels Kurs abweichen wird. Das ist das Ergebnis von Meinungsverschiedenheiten innerhalb seiner eigenen Partei...“¹⁹¹

Und Alim Baluch von der – ebenfalls bewußt nicht mehr der EU zugehörigen – Universität Bath analysierte:

„Dr. Alim Baluch, Dozent für deutsche Politik an der Universität Bath, sieht in dem entstandenen KoalitionsWirrwarr einen Beweis dafür, dass das deutsche Parteiensystem ‚dem Untergang geweiht‘ ist. Anders als im Vereinigten Königreich wird in Deutschland nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, bei dem sich das Wahlergebnis direkt darauf auswirkt, wie viele Sitze jede Partei erhält. Dr. Baluch erklärte, dass die Liste der Parteien immer größer wird: ‚Es ist wirklich bemerkenswert, dass man in Deutschland mit 25 Prozent der Stimmen die stärkste Partei sein kann. Das ist unerhört. Man hatte immer zwei sehr starke Parteien, eine viel stärker als die andere. Früher wäre man sehr enttäuscht gewesen, wenn man in den niedrigen 30 % gewesen wäre, also ist dies eine langfristige Entwicklung, bei der beide [ehemals großen Volks-]Parteien wirklich unglaublich geschrumpft sind. Und deshalb denke ich, dass das deutsche Parteiensystem dem Untergang geweiht ist, wenn man es auf lange Sicht betrachtet.‘ Die SPD erhielt [bei

¹⁹⁰ Day, Joel: Germany facing disaster as political system ‘doomed’: ‘It’s remarkable’. In: Express.co.uk, 12 October 2021, <https://www.express.co.uk/news/world/1504007/germany-latest-olaf-scholz-angela-merkel-election-doomed-party-system-spt/amp>, abgerufen am: 20.05.2022.

¹⁹¹ Ebda.

17. Folgen für die „Nach-Normal“-Phase, die zum Dauerzustand wird

den Bundestagswahlen 2021] nur 25,7 Prozent der Stimmen, während die bisher regierende Christlich Demokratische Union (CDU) und die Christlich Soziale Union (CSU) 24,1 Prozent erreichten. Die Grünen konnten sich mit 14,8 Prozent gut behaupten.“¹⁹²

Andere Beobachter sahen das ähnlich:

„Justin Hugger schrieb, dass es in Deutschland zwar keine CDU/CSU-Koalition und keine Frau Merkel als Regierungschefin mehr geben wird, dass aber [Kanzler Olaf] Scholz „auf eine Regierung der Mitte im Stile Merkels zusteurt“, obwohl er zuvor als Kandidat des linken Flügels galt. Dr. Baluch vermutete, dass dies an der Anzahl der Parteien liegen könnte... Er sagte: „Wenn man sich an die fünfziger, sechziger, siebziger und achtziger Jahre zurückerinnert, war es ein Drei-Parteien-System mit der FDP als der liberalen Partei in der Mitte, die oft die Koalitionsregierungen beeinflussen konnte. Dann kamen die Grünen und wurden belächelt, aber sie blieben. Und dann kam Die Linke in den Neunzigern und man sagte, sie würde nicht lange überleben; aber heute sind sie noch immer da, und auf einmal hatten wir in Deutschland ein Fünf-Parteien-System. Es gibt immer mehr Parteien, die eine Rolle im Parlament spielen, und das frisst die beiden großen Parteien auf. Wir haben jetzt eine Situation, in der die große Koalition normal geworden ist, was bemerkenswert ist.“ [...] Auf die Frage..., ob dies bedeuten könnte, dass er [dadurch] der schwächste Kanzler seit Jahren wird, antwortete Scholz: „Nein, Machtpolitik allein reicht nicht. Es nützt nichts, wenn man nichts will. Ich bin Politiker geworden, weil ich die Welt besser machen will.“¹⁹³

Doch auch weniger pointierte und ausgewogenere Beobachter wie Andreas Kluth¹⁹⁴ waren bereits 2019 der Meinung, dass die nach außen demonstrierte Stabilität des deutschen Parteiensystems „trägerisch“ sei. Unter der Oberfläche lauernde Verschiebungen würden von der fortgesetzten Führungsrolle ein und derselben Person nur überdeckt. Yasmen Serhan¹⁹⁵ sah

192 Ebda.

193 Ebda.

194 Kluth, Andreas: The Changing Political Party Landscape in Germany. In: American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), May 9, 2019, <https://www.aicgs.org/2019/05/the-changing-political-party-landscape-in-germany/>, abgerufen am: 21.02.2022.

195 Vgl. Serhan, Yasmen: What Germany says about Far-Right Politics. The Alternative for Germany is expected to fall short of its historic 2017 victory, but that doesn't mean it has failed. In: The Atlantic, September 23, 2021, <https://www.theatlantic.com>

17. Folgen für die „Nach-Normal“-Phase, die zum Dauerzustand wird

durch die beschriebene Gesamtentwicklung Randparteien wie die AfD gestärkt. Andere wie Ulrike Franke¹⁹⁶ verwiesen auf von der Merkel-Ära zugunsten wirtschaftlicher Vernetzung unterbewertete Schlüsselthemen wie die Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik, die eine weit größere Rolle im Wählerverhalten spielten, als von der in der Sache oft oberflächlichen Rhetorik der Volksparteien zugestanden.

eatlantic.com/international/archive/2021/09/germany-election-afd-far-right/620114/, abgerufen am: 21.02.2022.

196 Vgl. Franke, Ulrike: European Power: Foreign and defence policy in the German election. The parties in Germany's next coalition government could find it hard to bridge their differences on foreign and defence policy. In: European Council on Foreign Relations (ECFR), 16 September 2021, <https://ecfr.eu/article/foreign-and-defence-policy-in-the-german-election/?amp>, abgerufen am: 21.02.2022.